



Mitglieder des deutschen Bundestages

Gemeinsame Erklärung Westsahara

Erneut schauen wir mit zunehmender Besorgnis nach Marokko und in die Westsahara, denn seit dem 13. November 2020 gibt es wieder bewaffnete Auseinandersetzungen an verschiedenen Stellen der Mauer.

Die jüngste Anerkennung der Souveränität Marokkos über die besetzte Westsahara durch US-Präsident Trump halten wir nicht nur für ein uninformiertes Befeuern eines sowieso bereits brennenden Konflikts, sondern darüber hinaus auch für völkerrechtswidrig. Alle Mitglieder der UN sind durch die Dekolonialisierungsbeschlüsse verpflichtet, die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu unterstützen.

Obwohl wir uns über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Marokko freuen, ist ein solcher „Deal“ inakzeptabel und dies sollte sowohl von der Bundesregierung als auch innerhalb der Europäischen Union und im UN-Sicherheitsrat thematisiert werden.

Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung, das unveräußerliche Recht aller Völker auf Selbstbestimmung zu bekräftigen, den Verstoß gegen das Völkerrecht klar zu benennen und sich erneut für die Einsetzung eines UN-Sonderbeauftragten für den Westsahara-Konflikt stark zu machen. Zudem fordern wir die Bundesregierung dringlich auf, zusammen mit der Europäischen Union auf das 1991 vereinbarte Referendum hinzuwirken, auf welches die Bewohner und Bewohnerinnen der Westsahara seit fast 30 Jahren warten.

Berlin, 17. Dezember 2020

Frank Heinrich MdB
CDU, Obmann im
Ausschusses für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe

Kerstin Tack MdB
SPD, Sprecherin der SPD-
Bundstagsfraktion für Arbeit
und Soziales

Gyde Jensen MdB
FDP, Sprecherin der FDP-
Fraktion für
Menschenrechtspolitik

Katja Keul MdB
Bündnis 90/Die Grünen,
Sprecherin der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen für
Rechtspolitik und Sprecherin
für Abrüstungspolitik

Sevim Dagdelen MdB
DIE LINKE,
Stellvertretende Vorsitzende
der Fraktion DIE LINKE und
Obfrau im Auswärtigen
Ausschuss